

Jugendsozialarbeit – Aktiv für eine gerechte Gesellschaft Aktivitäten 2022

Inhalt

Vorwort **03**

**75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen** **04**

Jubiläum der LAG KJS NRW 05

**Auf politische Ereignisse
reagieren** **06**

Corona-Pandemie 07

Landtagswahl 08

Ukraine-Krieg 11

Fachkräftemangel 12

Steigende Energiekosten 12

**Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen** **13**

Berufsvorbereitende
Bildungsmaßnahmen 14

Assistierte Ausbildung 15

Schulsozialarbeit 15

Förderung von
Blockschüler*innen 16

Aktiv auf der Bundesebene 17

Integrationslandschaft
in NRW 17

**Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten** **19**

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum 20

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit 20

Digitalisierung 21

Modellprojekt „Future Skills ... 22

Sexualisierte Gewalt 24

Schutz von Kindern
und Jugendlichen 25

Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz 25

Statistik 26

Impressum 27

2022

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Vorwort

Liebe Leser*innen,

Jugendarmut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Flucht und Migration ... Die Lebenslagen benachteiligter junger Menschen vor 75 Jahren und heute sind sicher nicht die gleichen, aber sie ähneln sich sehr.

Klimawandel, Digitalisierung, Extremismus und Radikalisierung, die Belastungen der Corona-Pandemie sind zentrale Themen, die die jungen Menschen und auch uns im Jahr 2022 weiterhin bewegen. Der Angriffskrieg Russlands und seine Folgen bestimmten seit Ende Februar das politische Handeln und wirkt sich ebenfalls auf die Lebenssituation benachteiligter junger Menschen aus. Eine ganze Generation scheint aus dem Krisenmodus nicht mehr herauszukommen und leidet unter diesen globalen Entwicklungen.

Als Katholische Jugendsozialarbeit setzen wir uns für junge Menschen ein, die zum Beispiel aufgrund von (mangelnder) Bildung oder Ausbildung, Wohnungsnot, gesundheitlichen Einschränkungen, Straffälligkeit sowie Flucht- oder Migrationshintergrund von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu werden drohen. Wir wollen mit unseren Informationen, Positionen und Stellungnahmen und unseren verschiedenen Fach- und Fortbildungsveranstaltungen zur Entwicklung einer gerechteren Gesellschaft beitragen, in der auch und gerade benachteiligte junge Menschen ihren Platz haben und als Teil dieser Gesellschaft anerkannt sind. So engagierten wir uns bei der Weiterentwicklung des Rahmenkonzepts für Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und der Assistierten Ausbildung, setzten uns für die Verbesserung der

Integration zugewanderter junger Menschen ein und thematisierten den Fachkräftebedarf sowie die Auswirkungen der steigenden Personal- und Sachkosten für die Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit.

Die Gestaltung und Umsetzung verschiedener, uns wichtiger Rahmenbedingungen für eine gerechte Gesellschaft sind der Antrieb für unsere politische Interessenvertretung.

Ganz herzlich danken wir allen Partner*innen in Politik und Kirche, Wissenschaft und Verwaltung, mit denen wir als Katholische Jugendsozialarbeit im vergangenen Jahr, aber auch in den Jahrzehnten zuvor, zusammenarbeiten durften. Wir laden Sie nun herzlich ein, sich im Folgenden über unsere Arbeit im vergangenen Jahr zu informieren, in welcher Weise die LAG KJS NRW ihren Beitrag zur Entwicklung einer gerechten Gesellschaft geleistet hat und welche weiteren Themen und Schwerpunkte die Arbeit geprägt haben.

Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre.



Maria Meurer-Mey
Maria Meurer-Mey
Vorstandsvorsitzende



Stefan Ewers
Stefan Ewers
Geschäftsführer

Vorwort

**75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen**

Jubiläum der LAG KJS NRW

Auf politische
Ereignisse reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum



Jubiläum der LAG KJS NRW

Vorwort

**75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen**

Jubiläum der LAG KJS NRW

Auf politische
Ereignisse reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Vor 75 Jahren fanden sich engagierte Christ*innen im Erzbistum Köln zusammen, um jungen Menschen, die nach den Kriegswirren heimat- und obdachlos auf der Suche nach Arbeit in die Domstadt kamen, eine „Heimstatt“ zu geben. Seit einem Dreivierteljahrhundert setzt sich die LAG KJS NRW landes- und auch bundesweit für die Verbesserung der Lebenslagen benachteiligter junger Menschen ein und vertritt dort ebenfalls die Interessen katholischer Träger und Einrichtungen. Über 100 Einrichtungen und Dienste der Katholischen Jugendsozialarbeit unterstützen heute in den fünf katholischen (Erz-) Diözesen in Nordrhein-Westfalen junge Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren in unterschiedlichen herausfordernden und teils prekären Lebenslagen.

Unter dem Motto „Weiterdenken in Chancen“ kamen im November Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft, Kirche und Praxis der Jugendsozialarbeit zum 75. Jubiläum der LAG KJS NRW in Düsseldorf zusammen, um diesen Anlass nicht nur feierlich zu begehen, sondern auch über fachliche Impulse nachzudenken und die Zukunftschancen junger Menschen zu diskutieren. Impressionen und Aussagen unseres Jubiläums illustrieren auch diesen Jahresbericht.



Sechs junge Menschen aus Einrichtungen der Katholischen Jugendsozialarbeit in NRW schilderten sehr prägnant und konkret, welche Themen für sie momentan wichtig sind, welche Sorgen sie beschäftigen, welche Wünsche sie für die Zukunft haben und was sie von der Politik erwarten.



Über die Arbeit der LAG KJS NRW (früher Katholische Heimstattbewegung) in den letzten 75 Jahren informiert eine umfangreiche Broschüre.



Teilnehmende konnten ihre Fragen oder Meinungen auch digital einbringen.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

**Auf politische
Ereignisse reagieren**

Corona-Pandemie

Landtagswahl

Ukraine-Krieg

Fachkräftemangel

Steigende Energiekosten

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Auf politische Ereignisse reagieren

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse reagieren

Corona-Pandemie

Landtagswahl

Ukraine-Krieg

Fachkräftemangel

Steigende Energiekosten

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Corona-Pandemie

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie stark junge Menschen auf den Kontakt und die persönliche Begegnung angewiesen sind. Die zurückliegenden Jahre, die vor allem geprägt waren von Kontaktbeschränkungen und mangelnder Ansprache, haben weitreichende Folgen sowohl für die Lern- als auch die soziale Situation sowie die psychische Befindlichkeit der jungen Menschen. Viele von ihnen, die aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie nicht beraten und gefördert werden konnten, sind genauso wie viele Schüler*innen schlichtweg „verloren gegangen“.

Die LAG KJS NRW hatte im Sommer 2021 diverse katholische Einrichtungen der Jugendsozialarbeit in NRW zu den spezifischen Erfahrungen und Auswirkungen, die die coronabedingten Beschränkungen auf junge Menschen in Einrichtungen der Katholischen Jugendsozialarbeit hatten, befragt und informierte darüber im Frühjahr 2022 Fachkräfte aus der öffentlichen und freien Jugendhilfe im Rahmen des Netzwerktreffens der LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut zum Thema „Jugendliche im Übergang zu Ausbildung, Beruf oder Studium in ein selbstbestimmtes Leben begleiten“.

Mit der weitgehenden Aufhebung der Maskenpflicht sowie der Testvorgaben fielen auch die Corona-Beschränkungen im April 2022 für die Einrichtungen der Jugendförderung weitestgehend. Nach Veröffentlichung der 62. Aktualisierung der FAQ-Liste stellte die „FAQ-Runde“, zu der sich seit April 2020 regelmäßig Vertreter*innen des Jugendministeriums NRW, der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe



Stefan Ewers (Geschäftsführer), Dietmar Vitt, Maria Meurer-Mey, Frank Janßen (alle Vorstand)

Der Vorstand skizzierte die Entwicklung und die politische Arbeit der LAG KJS NRW in den letzten 75 Jahren und verwies auf die aktuellen Herausforderungen und gesellschaftlichen Krisen, denen junge Menschen ausgesetzt sind und auf die eine politische Interessensvertretung reagieren muss. Gleichzeitig ist die Katholische Jugendsozialarbeit konfrontiert mit dem Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust, den die katholische Kirche insgesamt durch den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch Geistliche und die unzureichende Aufarbeitung erlebt. Vorstand **Frank Janßen** betonte, dass sich auch hier die Katholische Jugendsozialarbeit deutlich positionieren müsse. Auch wenn in den Einrichtungen auf Diözesanebene schon viel an Präventionsarbeit geleistet werde, müssten im Kontakt mit den Trägern noch stärker Strukturen von Macht, sexueller Ausbeutung und fehlendem Schutz in den Angeboten und Einrichtung angesprochen und problematisiert werden, so Janßen.

75
Jahre

→ nächster Beitrag

sowie der fünf landeszentralen Zusammenschlüsse der Jugendförderung in NRW zusammengefunden hatten, ihre Arbeit in Bezug auf die Beratung der jeweils gültigen

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse reagieren

Corona-Pandemie

Landtagswahl

Ukraine-Krieg

Fachkräftemangel

Steigende Energiekosten

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Corona-Schutzverordnungen bis auf Weiteres ein. Die LAG KJS NRW hatte in diesen Jahren die Vertretung der Jugendsozialarbeit in dieser Runde wahrgenommen. Sowohl von Trägern und Einrichtungen als auch aus Kommunen und Kreisen gab es großes positives Feedback auf die Arbeit der Runde. Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich in diesen Jahren zwischen den Akteur*innen entwickelt hat, wurde im Folgenden für den kurzfristigen Austausch und die Beratung zu aktuellen Herausforderungen der Jugendförderung in NRW, vor allem durch die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine genutzt. Auch die Schwierigkeiten der Träger und Einrichtungen, die durch die Energiekrise und die steigende Inflation hervorgerufen wurden, konnten über diese Austauschrunde an die Landesjugendämter und das Ministerium weitergegeben werden. Es zeigte sich in diesem Jahr, dass steigende Kosten der Träger zwar durch die Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans NRW mit einem gewissen zeitlichen Versatz aufgefangen, jedoch nicht in der nötigen Geschwindigkeit angepasst werden können, um kurzfristige Preissteigerungen zu kompensieren. Auch die kommunale Jugendhilfe ist hier in der Pflicht, die Infrastruktur der Jugendförderung zu sichern. Dies scheint jedoch immer noch nicht selbstverständlich zu sein.

Landtagswahl

Auch wenn die Jugendförderung in NRW seit dieser, Mitte Mai zu Ende gegangenen, Legislaturperiode eine finanzielle Verbesserung durch die Aufstockung und Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans des Landes erfahren hat, wird gleichzeitig deutlich, wie stark die junge

Generation von den derzeitigen gesellschaftspolitischen Themen betroffen ist: Klima, Wohnen, Digitalisierung, die Frage nach einer zukünftigen Alterssicherung beschäftigen die jungen Menschen. Die Corona-Pandemie hat in den zurückliegenden 1 ½ Jahren deutlich gezeigt, vor welchen Herausforderungen unsere Gesellschaft steht, um jungen Menschen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. NRW ist aber nicht nur mit großen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen wie der Umsetzung von Inklusion oder der Stärkung von Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen durch das neue SGB VIII konfrontiert. Die Unterstützung von Careleavern und marginalisierten jungen Menschen wird allein durch den ESF-NRW nicht bewältigt und die weltweiten Krisen werden auch weiterhin zu Zuwanderung nach Deutschland und NRW führen.

In dieser Situation waren am 15. Mai 2022 die Bürger*innen in NRW aufgerufen, ein neues Landesparlament zu wählen. Die LAG KJS NRW formulierte mit dem Blick auf die Lebenslagen sozial benachteiligter und individuell beeinträchtigter junger Menschen im Vorfeld der Landtagswahl Forderungen an eine neue Landesregierung.

- In Anbetracht der Auswirkungen der Corona-Pandemie müssen die Angebote aufsuchender und niedrigschwelliger Arbeit gestärkt und so junge Menschen wieder an Hilfs- und Unterstützungsangebote herangeführt werden. Die persönliche Erreichbarkeit von Diensten und Einrichtung der Arbeits- und Kommunalverwaltung muss gerade für junge Menschen auch in Krisenzeiten sichergestellt sein.
- Digitale Lern- und Bildungsangebote für benachteiligte junge Menschen müssen verstärkt gefördert und

Neben den Folgen
der Corona-Pandemie
sind junge Menschen
auch von der Klima-
krise, Digitalisierung,
zukünftigen Alters-
sicherung und dem
Wohnraummangel
stark betroffen.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse reagieren

Corona-Pandemie

Landtagswahl

Ukraine-Krieg

Fachkräftemangel

Steigende Energiekosten

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum



Wiebke Jessen

Einen Einblick in die Lebenswelt junger Menschen, mit dem spezifischen Blick auf das prekäre Milieu, skizzierte **Wiebke Jessen** vom Sinus-Institut und stellte dabei deren beruflichen Wünsche und Perspektiven dar. Sie arbeitete heraus, wie schwierig es viele haben, den eigenen Leistungsanspruch mit den für sie begrenzten Möglichkeiten und den widersprüchlichen Botschaften seitens der Gesellschaft auszutarieren. Damit pädagogische Unterstützung wirksam sein könne, brauche es Konzepte, die an den individuellen Lebensvorstellungen und Wünschen der Jugendlichen ansetzten. Die Gefahr sei hier, dass sich diese Konzepte oft milieuspezifisch an den Themen, Vorstellungen und Vorgehensweisen der pädagogischen Fachkräfte orientierten und damit nicht die Lebenswirklichkeit und die Sprache der jungen Menschen erreichten. Hier müsse ganz individuell geschaut werden, welche Perspektiven und Lebensziele die jeweiligen Jugendlichen hätten.

75
Jahre

→ nächster Beitrag

die digitale Infrastruktur in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit verbessert werden. Es braucht Weiterbildungsangebote für Mitarbeitende in der Jugendsozialarbeit. Bestehende Förderprogramme müssen aus Sicht der LAG KJS NRW auch umfassend genutzt und die zur Verfügung stehenden Mittel umfänglich abgerufen werden.

- Mit der Reform des SGB VIII sollen ein verbesserter Kinder- und Jugendschutz in den Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe umgesetzt, die Beteiligungsrechte junger Menschen gestärkt und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe für junge Menschen mit Behinderungen zur Verfügung gestellt werden. Daher soll gemeinsam mit den Trägern und Einrichtungen die notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Vorgaben des SGB VIII in NRW erarbeitet werden.

- Um jungen Menschen gerade in dieser durch Krisen geprägten Zeit eine berufliche Perspektive zu bieten, wird die Landespolitik aufgefordert, im Rahmen eines Sonderprogramms zeitlich befristet für die kommende Legislaturperiode außerbetriebliche Ausbildungsplätze vor allem für (markt-) benachteiligte junge Menschen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig das Jugendwohnen für junge Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung bedarfsgerecht auszubauen.

- Gentrifizierung und vor allem die massive Steigerung der Mieten verhindern immer häufiger, dass junge Menschen den für sie wichtigen Schritt in ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben, den Einzug in die „eigenen vier Wände“ gehen können. Im Rahmen eines sozialen Wohnungsbauprogramms soll daher bezahlbarer Wohnraum gerade für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zur Verfügung gestellt werden.

• Die Landesregierung
• ist aufgefordert,
• Lösungen zu den
• Problemen junger
• Menschen zu finden.
• Dafür müssen die
• Perspektiven junger
• Menschen wahrge-
• nommen und
• politisches Handeln
• an den Bedarfen der
• jungen Generation
• ausgerichtet werden.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse reagieren

Corona-Pandemie

Landtagswahl

Ukraine-Krieg

Fachkräftemangel

Steigende Energiekosten

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Im Rahmen der weiteren Ausgestaltung von Schulsozialarbeit in NRW soll der in § 13a SGB VIII formulierte Bezug zur Jugendhilfe konsequent angewendet werden. Darüber hinaus sollten die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten der Schulsozialarbeit zu einem Förderprogramm Schulsozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung von Jugendhilfe und Schule zusammenfasst und flächendeckend und nachhaltig umgesetzt werden.

Um die schulische, berufliche und soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe junger Migrant*innen und Geflüchteter zu verbessern, braucht es aus Sicht der LAG KJS NRW bedarfsgerechte, lebenslagenorientierte und am individuellen Hilfebedarf des Einzelnen orientierte Unterstützungsleistungen und eine bessere Koordination der Integrationsangebote in den Kommunen und Kreisen. Doppelstrukturen zu bestehenden (Bundes-) Programmen müssen vermieden werden.

Da es jungen Seiteneinsteiger*innen über 18 Jahre immer noch nicht möglich ist, durch regulären Schulbesuch einen allgemeinbildenden Schulabschluss in NRW zu erwerben, fordert die LAG KJS NRW die Landespolitik auf, die Möglichkeit der Ausweitung einer Schulberechtigung zu schaffen.

Um die Corona-Folgen zu bekämpfen und den Herausforderungen vor allem benachteiligter junger Menschen in und nach dieser Krisenzeit aktiv zu begegnen, müssen nachhaltig finanzierte sozial- und jugendpolitische Konzepte entwickelt werden. Die Perspektiven dieser Zielgruppe müssen wahrgenommen und politisches Handeln an den Bedarfen der jungen Generation ausgerichtet werden.

Viele Kandidat*innen verlegten ihre Wahlkampftermine in den digitalen Raum bzw. führten aus Corona-Gründen nur größere Bühnenveranstaltungen durch. Eher kleinere dialogische Formate konnten daher nicht wie geplant umgesetzt werden. In der August-Ausgabe von Jugendsozialarbeit aktuell wurde der Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung kritisch unter die Lupe genommen:

- Von Ausbildungsgarantie ist in keiner Weise mehr die Rede (obwohl es in beiden Wahlprogrammen stand).
- Der Fachkreis Schulsozialarbeit wird erwähnt, kann seine Arbeit also auch in der neuen Legislaturperiode fortsetzen.
- Kinder- und Jugendarmut werden zwar benannt, zur Bekämpfung von Jugendarmut fehlen allerdings jegliche Aussagen.
- Die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips im Rahmen vom Kommunalen Integrationsmanagement (KIM) soll überprüft werden – eine zentrale Forderung der Wohlfahrtsverbände und Jugendmigrationsdienste (JMD).
- Auch die Aussagen zum Kinder- und Jugendförderplan NRW (KJFP NRW) sowie zu „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) bleiben sehr vage.
- Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wird begrüßt. Darüber hinaus sind die im Weiteren genannten Vorstellungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eher auf die etablierten Strukturen zugeschnitten – Ideen und Programme zur Stärkung von Beteiligung benachteiligter Zielgruppen sucht man im Koalitionsvertrag jedoch vergebens.

Es müssen nachhaltig
finanzierte sozial-
und jugendpolitische
Konzepte entwickelt
werden.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse reagieren

Corona-Pandemie

Landtagswahl

Ukraine-Krieg

Fachkräftemangel

Steigende Energiekosten

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Ukraine-Krieg

Die Unterstützung geflüchteter junger Menschen aus der Ukraine betraf und betrifft die Handlungsfelder und Träger der Jugendsozialarbeit sehr unterschiedlich: Während die Jugendmigrationsdienste bereits von Beginn der Zuwanderung an mit der Beratung und Unterstützung junger Geflüchteter aus der Ukraine befasst sind, wurden landesgeförderte Angebote wie Jugendwerkstätten, Beratungsstellen und Schulmüdenprojekte sowie Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur gleichen Zeit noch in geringerem Umfang in die Unterstützung nachgefragt. Perspektivisch ist jedoch davon auszugehen, dass auch hier der Bedarf deutlich steigen wird. Auch das Jugendwohnen ist im Gegensatz zur Zuwanderung in 2014/2015 weniger betroffen, da viele Geflüchtete zunächst bei Verwandten oder anderen Personen Unterkunft finden. NRW-weit zeigt sich in der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten ein uneinheitliches Bild: Während einige Kommunen und Kreise stark bis extrem herausgefordert sind, ist die Lage in anderen Gebietskörperschaften noch entspannt.

Die LAG KJS NRW richtete zur Information der Träger und Einrichtungen auf ihrer Website einen Newsbereich ein, in dem aktuelle Hinweise eingestellt wurden. Um landeszentral Informationen möglichst auf nur einer zentralen Website zu bündeln, einigte man sich im Rahmen der FAQ-Runde darauf, diese auf der Website der Arbeitsgemeinschaft Jugendschutz NRW (AJS NRW) zur Verfügung zu stellen.



Dr. Stefan Ottersbach

Für **Dr. Stefan Ottersbach**, Bundespräsident des BDKJ, ist der gesellschaftliche Druck auf junge Menschen ein Hinweis auf den Modus, wie wir Gesellschaft heute organisieren. Zur Absicherung existenzieller Grundlagen wäre eine Kindergrundsicherung ein wichtiger Schritt, der zu einer größeren Selbstständigkeit in der Entscheidungsfindung beitragen könnte. Er betonte, wenn junge Menschen, die gesellschaftlich in vielfältiger Weise widerspiegelt bekommen, dass nicht wert seien, weil sie nichts leisteten und sich somit nicht als Teil der Gesellschaft empfänden, dass sie dann auch keinen grundlegenden Existenz- bzw. Lebensglauben entwickeln könnten. Diesen zu stärken und damit die Möglichkeit zu eröffnen, sich in seiner Würde zu erkennen, sei grundlegender Auftrag katholischer Jugendpastoral, so Ottersbach. Daher sei das personale Angebot ein zentraler Bestandteil im Selbstverständnis Katholischer Jugendsozialarbeit. Um dieses personale Angebot auch in Zukunft zu gewährleisten, bedürfe es weiterhin der Vielfältigkeit unter den Mitarbeitenden, ergänzte Frank Janßen, Geschäftsführer der Kurbel in Oberhausen. Dies sei unter den Bedingungen von Ausschreibungen und dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel eine große Herausforderung für die Träger und Einrichtungen vor Ort.

75
Jahre

→ nächster Beitrag

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse reagieren

Corona-Pandemie

Landtagswahl

Ukraine-Krieg

Fachkräftemangel

Steigende Energiekosten

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Fachkräftemangel

Die Landesregierung hat die Bekämpfung des Fachkräftemangels in ihrem Koalitionsvertrag zu einem der bestimmenden Themen für die aktuelle Legislaturperiode benannt. Auf Einladung der Jugendministerin konnte die LAG KJS NRW in Vertretung der pluralen Trägergruppen die Herausforderungen in den Handlungsfeldern der Jugendsozialarbeit benennen und an der Entwicklung von Ideen zur Bewältigung des Fachkräftemangels mitwirken.

Die Vielschichtigkeit der Anforderungen lässt sicher keine einfachen und schnellen Lösungen zu. Wie bei der Fachkonferenz Jugend+Wohnen im Herbst deutlich wurde, fehlt es z. B. in den Einrichtungen des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens nicht nur an sozialpädagogischen Mitarbeiter*innen, sondern ebenso auch an qualifiziertem Personal, um die verschiedenen Dienste (inkl. Nachtdienste) abzudecken. Nicht nur in diesem Fall, sondern auch beispielsweise im Bereich der Kindertagesbetreuung wird eine Aufweichung des Fachkräftegebots angedacht.

Neben der Steigerung der Attraktivität von Beschäftigungsverhältnissen, Verbesserung des Ausbildungsplatz- und Studienplatzangebots und weiteren Maßnahmen hält die LAG KJS NRW es ebenfalls für wichtig, sich über kurzfristige Auswirkungen des Fachkräftemangels Gedanken zu machen: Bereits jetzt wird deutlich, dass Träger längerfristig Stellen nicht besetzen können, nur noch in geringerem Umfang Projekte durchführen oder Maßnahmen beantragen. Durch diese Entwicklung „schrumpft“ die Unterstützungslandschaft für benachteiligte junge Menschen nahezu unbemerkt. Gerade auf

diesen Umstand weist die LAG KJS NRW mit Nachdruck hin. Sie wird sich in den kommenden Jahren weiter aktiv in die Debatten um den Fachkräftemangel einbringen.

Steigende Energiekosten

Das Bedürfnis junger Menschen, sich zu treffen, nach selbstverantworteten Treffpunkten und Austauschmöglichkeiten, besteht weiterhin – gerade nach der Corona-Pandemie. Die steigenden Energiekosten stellen die Einrichtungen der Jugendförderung in NRW dabei teilweise vor existentielle Herausforderungen. Dass diese Problematik sich weiter verschärfen wird, darauf weist die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit NRW mit den weiteren landeszentralen Trägern der Jugendförderung im Arbeitskreis G5 hin. Denn sowohl Träger, die z. B. Werkstätten, Schulungs- und Beratungsräume vorhalten und deshalb über eigene Immobilien verfügen oder Räumlichkeiten für ihre Angebote angemietet haben, sind massiv von steigenden Preisen betroffen und die Planung kommender Maßnahmen und Angebote werden durch die weiter zunehmenden Kosten nahezu unmöglich. Finanzielle Rücklagen sind nach zwei Jahren Pandemie und aufgrund des Ausschlusses der Gewinnerzielung und des Gebotes der zeitnahen Mittelverwendung bei den gemeinnützigen Trägern kaum oder gar nicht mehr vorhanden. Gemeinsam mit den Trägern im Arbeitskreis G5 setzte sich die LAG Jugendsozialarbeit NRW gegenüber dem Jugendministerium NRW dafür ein, dass steigende Energiekosten dynamisch aufgefangen werden und Orte für Kinder und Jugendliche wirkungsvoll finanziell entlastet werden.

Aufgrund der
Vielschichtigkeit der
Anforderungen
können in vielen
Handlungsfeldern
keine einfachen und
schnellen Maßnahmen
umgesetzt
werden. Dennoch
müssen gemeinsam
Lösungen gefunden
werden.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische
Ereignisse reagieren

**Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen**

Berufsvorbereitende
Bildungsmaßnahmen

Assistierte Ausbildung

Schulsozialarbeit

Förderung von
Blockschüler*innen

Aktiv auf der Bundesebene

Integrationslandschaft
in NRW

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Fachpolitische Herausforderungen aufgreifen



Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische
Ereignisse reagieren

Fachpolitische Herausforderungen aufgreifen

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Assistierte Ausbildung

Schulsozialarbeit

Förderung von
Blockschüler*innen

Aktiv auf der Bundesebene

Integrationslandschaft
in NRW

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) gehören zu den zentralen Förderangeboten der Bundesagentur für Arbeit zur beruflichen Qualifizierung junger Menschen mit Unterstützungsbedarf. Das noch aus dem Jahr 2012 stammende Fachkonzept zur Durchführung dieser Maßnahmen wurde im Jahr 2022 überarbeitet. Die zuständigen Mitarbeiter*innen der Bundesagentur für Arbeit zogen dabei die Träger und Einrichtungen der Jugendberufshilfe hierbei ein.

Die LAG KJS NRW befragte zunächst die Träger der entsprechenden Maßnahmen, um in der Praxis den notwendigen Weiterentwicklungsbedarf zu erheben. Hier zeigte sich vor allem, dass die eigentlich im BvB-Fachkonzept vorgesehene Flexibilisierung, Binnendifferenzierung und Individualisierung bisher nicht im erforderlichen Maß umgesetzt werden konnte. Diese und weitere Anregungen aus der Praxis der Träger und Einrichtungen wurden an die Bundesagentur für Arbeit – Corona-bedingt ausschließlich in Form von Videokonferenzen – weitergegeben. Mit der Einführung von fünf Förderzielbereichen mit jeweils eigenen Förder- und Qualifizierungssequenzen, deren Dauer und Ablauf flexibel gehandhabt werden können, soll in Zukunft tatsächlich mehr auf die individuellen Entwicklungsbedarfe der jungen Menschen eingegangen werden.

Die LAG KJS NRW berichtete in einer Fachkonferenz „Jugend + Arbeit“ und in einer Ausgabe der Schriftenreihe Jugendsozialarbeit aktuell über die Weiterentwick-

lung. Die zuständige Referentin aus der Arbeitsverwaltung stellte außerdem das neue Fachkonzept auf einer Fachtagung der Katholischen Jugendsozialarbeit im November in Bonn vor.



Dr. Iris Pfeiffer

Die Entwicklung
am Ausbildungs- und
Arbeitsmarkt analy-
sierte **Dr. Iris Pfeiffer**

75
Jahre

vom Forschungsinstitut Betriebliche Bildung. Die aktuelle regionale, berufsfachliche und qualifikatorische Mismatch-Situation auf dem Ausbildungsmarkt eröffne für viele benachteiligte Jugendliche keine beruflichen Chancen trotz vieler offener Stellen. Die zukünftigen Trends auf dem Arbeitsmarkt, skizziert durch „3 D“

(Decarbonisierung, Digitalisierung, Demografie), gingen einher mit drei möglichen Szenarien: Bestimmte Berufsbilder würden substituiert, die Anzahl junger Menschen sinke durch den demografischen Wandel weiter spürbar und die Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei Stellen für Helfer*innen und Hochqualifizierte, nähme zu. Pfeiffer plädierte dafür, die Ausbildungssituation an die neuen Herausforderungen anzupassen und die Unterstützung junger Menschen und den Kontakt zu den Betrieben zu intensivieren.

→ nächster Beitrag

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische
Ereignisse reagieren

Fachpolitische Herausforderungen aufgreifen

Berufsvorbereitende
Bildungsmaßnahmen

Assistierte Ausbildung

Schulsozialarbeit

Förderung von
Blockschüler*innen

Aktiv auf der Bundesebene

Integrationslandschaft
in NRW

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Assistierte Ausbildung

Das vor einigen Jahren entwickelte Förderprogramm „Assistierte Ausbildung“ (AsA) bietet in einer ersten Phase vor Beginn einer Ausbildung und in einer zweiten während der Berufsausbildung jungen Menschen Unterstützung an. „AsA“ ist inzwischen mit den bisherigen ausbildungs- begleitenden Hilfen (abH) zusammengeführt worden und bildet jetzt die neue Maßnahmeform „Assistierte Ausbildung flexibel“ (AsA flex). Die Durchführung der neuen Maßnahme, genauer die Abrechnung der Stundenkontingente für das eingesetzte Personal, bereitet den Trägern nach wie vor Probleme. Trotz intensiver Gespräche mit der Arbeitsverwaltung konnten bisher keine Änderungen erreicht werden.

Im Rahmen des EU-Programms „Erasmus+“ wurde ebenfalls am Thema assistierte Ausbildung gearbeitet. Eine „strategische Partnerschaft“ von sieben Trägern aus sechs europäischen Ländern, zu denen auch ein Vertreter der LAG KJS NRW gehört, befasste sich über drei Jahre hin mit der Entwicklung eines „Assisted Training Scheme“ und legte im Sommer 2022 einen Abschlussbericht vor. Darin gibt ein Handbuch für Fachkräfte in beruflichen Fördermaßnahmen praxiserprobte Handlungshilfen. Für die jungen Menschen werden außerdem Softskills benannt, deren Vermittlung bei der beruflichen Integration nützlich sein können. Alle Ergebnisse der Arbeit im EU-Projekt „The employable Youth – It Works!“ liegen in den Sprachen der beteiligten Länder online vor (www.yes-forum.eu). In einer Fachtagung unter dem Titel „Jugendberufshilfe weiterdenken“ wurden im November 2022 die Ergebnisse Träger- und Einrichtungsvertreter*innen durch einen Verantwortlichen der Erasmus+ - Entwicklungspartnerschaft vorgestellt.

Schulsozialarbeit

Der Fachkreis Schulsozialarbeit, im Mai 2021 vom Ministerium für Schule und Bildung (MSB) gemeinsam mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) eingerichtet, entwarf im Februar 2022 ein Policy Paper, mit dem die beteiligten Ministerien MSB und MKFFI sowie die kommunalen Spitzenverbände zu einer zielgerichteten Weiterarbeit an diesem Thema über die aktuelle Legislatur hinaus aufgefordert wurden. Aufgrund des Ukraine-Kriegs und der daraus folgenden Herausforderungen für Land und Kommunen konnte dieses Papier jedoch nicht weiter beraten werden.

Umso erfreulicher war es, dass die im Mai 2022 neu gewählte Landesregierung der Schulsozialarbeit in ihrem Koalitionsvertrag einen ganzen Abschnitt widmete. Die Landesregierung will danach Kinder und Jugendliche, die Schwierigkeiten im Schulsystem haben, verstärkt in den Blick nehmen und sieht dabei die Schulsozialarbeit in einer zentralen Rolle. Gerade in diesen krisenhaften Zeiten sei sie besonders wichtig. „Die ressortübergreifende Konzeptarbeit mit den kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren“ soll fortgesetzt werden, um Standards zu entwickeln, damit die Schulsozialarbeit fester Bestandteil von Schule wird und der Austausch zwischen Jugendhilfe und Schule verstärkt wird.

Der Fachkreis Schulsozialarbeit, bei dem die LAG KJS NRW die Vertretung der Jugendsozialarbeit wahrnimmt, konnte so in der neuen Legislaturperiode seine Arbeit fortsetzen und die Schulsozialarbeit in NRW weiterentwickeln. Nachdem die fachlichen Themen in der zurückliegenden Zeit identifiziert und inhaltlich bearbeitet wurden, stehen

Mit dem Ziel, „Schulsozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung“ zu entwickeln, setzte der Fachkreis Schulsozialarbeit seine Arbeit in der neuen Legislaturperiode fort.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische
Ereignisse reagieren

Fachpolitische Herausforderungen aufgreifen

Berufsvorbereitende
Bildungsmaßnahmen

Assistierte Ausbildung

Schulsozialarbeit

**Förderung von
Blockschüler*innen**

Aktiv auf der Bundesebene

Integrationslandschaft
in NRW

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

in den kommenden Jahren mit Sicherheit auch Fragen der Struktur, rechtlichen Verankerung sowie Finanzierung im Mittelpunkt der Beratungen. Das Ziel „Schulsozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung“ sollte dabei konsequent und mit allen Partnern weiterverfolgt werden.

Förderung von Blockschüler*innen

Junge Auszubildende, die im Rahmen eines Berufsschulbesuchs auswärtig untergebracht werden müssen – sogenannte „Blockschüler*innen“ – erhalten durch das Land Nordrhein-Westfalen einen Zuschuss. Dieser beläuft sich nach Maßgabe des entsprechenden Erlasses auf 20,00 EUR je nachgewiesenem Unterrichtstag. Eine auskömmliche Finanzierung ist mit diesem Betrag jedoch nicht gegeben; betragen die Tagessätze der entsprechenden

Einrichtungen des Jugendwohnens rund das Doppelte. In einer vergleichbaren Situation urteilte 2016 der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (Az: 9 S 1906/14), dass es mit Artikel 3 GG unvereinbar sei, „wenn die staatliche Schulaufsicht(...) die Pflicht eines Berufsschülers zum Besuch einer auswärtigen Berufsschule begründet, die dadurch verursachten Mehrkosten einer notwendigen Unterbringung und Betreuung aber nicht hinreichend ausgeglichen werden.“ Derzeit legt die aktuelle Verwaltungsvorschrift des Landes Baden-Württemberg den Landeszuschuss für die Unterbringung von Blockschüler*innen auf 40,50 EUR fest.

Die LAG KJS NRW wandte sich daher schriftlich an Schulministerin Feller und bat um eine Anpassung des derzeitigen Fördersatzes, da der aktuelle Landeszuschuss in einem großen Missverhältnis zu den tatsächlichen Kosten der Einrichtungen stehe. Auch eine rechtliche Prüfung der derzeit bestehenden Situation wird seitens der LAG KJS NRW erwogen.



Björn Szymanowski

Damit Jugend die Zukunft der Kirche wird bzw. bleibt, müsse sich die katholische Kirche mehreren Transformationen stellen, so Pastoraltheologe **Björn Szymanowski** von der Ruhr Universität Bochum. Er skizzierte, mit welchen Veränderungen Kirche sich befassen müsse, damit sie keine "greise" Kirche werde, sich nicht weiter nur auf bestimmte Milieus konzentriere, sie sich nicht auf ein enges pastorales Handeln in Großpfarreien beschränke und wirksame Mitgestaltung junger Menschen an der strukturellen und inhaltlichen Ausgestaltung unterlaufe – und damit das jugendpastorale Selbstverständnis nicht einlöst und ihre Chance verspielt, dass Jugend die Zukunft der Kirche ist.

75
Jahre

→ nächster Beitrag

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische
Ereignisse reagieren

Fachpolitische Herausforderungen aufgreifen

Berufsvorbereitende
Bildungsmaßnahmen

Assistierte Ausbildung

Schulsozialarbeit

Förderung von
Blockschüler*innen

Aktiv auf der Bundesebene

**Integrationslandschaft
in NRW**

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Aktiv auf der Bundesebene

Als Mitgliedsorganisation der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) gestaltet die LAG KJS NRW die fachpolitische Interessenvertretung auch auf der Bundesebene aktiv mit. Sowohl durch die Referent*innen- und Fachberatungstätigkeiten in den Handlungsfeldern „Berufliche Integration“ und „Jugendmigrationsdienste“ als auch durch die Koordination des Bundesprogramms „Respekt Coaches“. Darüber hinaus ist der Geschäftsführer der LAG KJS NRW seit mehreren Jahren Mitglied im Vorstand der BAG KJS. In dieser Funktion unterstützte er die Lobbyarbeiten zur Fortsetzung und Aufstockung des Programms „Respekt Coaches“, die Entwicklung des neuen BVB-Fachkonzeptes sowie die Veröffentlichung verschiedener Positionspapiere, unter anderem zur Unterstützung junger Geflüchteter aus der Ukraine. Darüber hinaus befasste sich der Vorstand mit der Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, vor allem mit Blick auf eine inklusive Jugendsozialarbeit.

Integrationslandschaft in NRW

Im Jahr 2018 führte die nordrhein-westfälische Landesregierung, unter anderem basierend auf Rückmeldungen der Jugendmigrationsdienste und der Flüchtlingsberatung freier Träger sowie von Kommunen, ein Modellprojekt zur

Unterstützung von sonst durch die Regelsysteme nur unzureichend unterstützte Gruppen ein. Zielgruppe des Modellprojekts waren 18 bis 27-jährige zugewanderte Menschen mit Duldungsstatus oder im Asylverfahren. Unter dem Titel „Gemeinsam klappt's. Integrationschancen für junge erwachsene Flüchtlinge in NRW (IfjeF)“ wurde zunächst eine Handreichung durch das MKFFI veröffentlicht, die Erfahrungswerte zur lokalen Vernetzung mit Blick auf junge zugewanderte Geflüchtete, unabhängig vom Aufenthaltstitel, bündelte. Sie formulierte Empfehlungen für eine strukturierte Zusammenarbeit aller Organisationen und Institutionen vor Ort, in denen junge Geflüchtete begleitet werden, um bestehende Angebote zu verknüpfen, Angebotslücken zu entdecken und neue passende Angebote zu entwickeln. Ein zentraler Bestandteil des Projekts war das Teilhabemanagement, das mit der Methode des Case Managements (CM) die Zielgruppe aufsuchen, Ressourcen und Bedarfe erkennen und Schritte für eine bessere sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe erarbeiten soll.

Die Initiative fand enormen Zuspruch bei Kommunen, kreisfreien Städten und Kreisen, die nach Ansätzen für gelingende Teilhabe von jungen, vor Ort lebenden Zugewanderten suchten. Denn die besonderen prekären und unsicheren Situationen mit wenigen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in der Jugend- und Adoleszenzphase kann Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit sowie Frustration auslösen. Mit Wirkung vom 25. November 2020 gab das Land NRW ein landesweites Kommunales Integrationsmanagement (KIM) in Auftrag. KIM versteht sich dabei als „ein integriertes Steuerungskonzept, mit dem es gelingt, die vielfältigen Angebote und Leistungen in der Integrationsarbeit innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung zu koordinieren und einheitlich auszurichten.“ Entwickelt

Bei jungen Menschen können die besonderen prekären und unsicheren Situationen mit wenigen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in der Jugend- und Adoleszenzphase Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit sowie Frustration auslösen.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische
Ereignisse reagieren

Fachpolitische Herausforderungen aufgreifen

Berufsvorbereitende
Bildungsmaßnahmen

Assistierte Ausbildung

Schulsozialarbeit

Förderung von
Blockschüler*innen

Aktiv auf der Bundesebene

**Integrationslandschaft
in NRW**

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

aus der Modellphase des Projektes „Einwanderung gestalten NRW“ fördert die Landesregierung seit 2020 entsprechend der Aufgabenstellung des § 1 Nr. 8 Teilhabe- und Integrationsgesetz die flächendeckende Einführung des Kommunalen Integrationsmanagements NRW (KIM) in allen Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen.

Die Veränderungen der Integrationsangebote in NRW bedeutete auch für die LAG KJS NRW viel an Bearbeitungsarbeit: Die LAG KJS NRW beriet die in der Initiative beteiligten Einrichtungen, unterstützte die kommunale Netzwerkarbeit und vertrat zusammen mit der Landeskoordination für die evangelische Trägergruppe in NRW die Jugendmigrationsdienste im Begleitgremium für das Modellprojekt „Gemeinsam klappts“. Das Modellprojekt endete zum Jahresende 2022.

In der Praxis ergeben sich diverse Fallstricke und Herausforderungen, die die Zusammenarbeit mit den Freien Trägern in der Migrationsarbeit in den Kommunen zumindest erschweren, in manchen Fällen zulasten der Angebote der Freien Wohlfahrtspflege gehen und in einigen Fällen diese – so die Sorge – sogar verunmöglichen. Zu dieser Thematik wurde auch ein Fachartikel im Rahmen von Jugendsozialarbeit aktuell veröffentlicht.



Dr. Antonius Hamers

75
Jahre

Dr. Antonius Hamers
vom Katholischen
Büro NRW unterstrich
das Engagement und
die Grundhaltung
katholischer Träger.
Sie gäben die jungen
Menschen nicht auf,
sondern stellten sie
unabhängig ihrer
Herkunft, religiösen
Prägung oder Identität

in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und förderten durch das personale Angebot die persönliche Entwicklung jedes einzelnen. Und dies in Zeiten, in denen vielfältige gesellschaftliche Krisen die Situation junger Menschen beeinträchtigen und in denen der Fachkräftemangel auch in der Katholischen Jugendsozialarbeit immer spürbarer werde. Die schwierige Fachkräftesituation werde noch zusätzlich verschärft durch die schleppende Missbrauchsaufarbeitung und den Vertrauensverlust innerhalb der katholischen Kirche. Die katholische Kirche werde aber im Rahmen der von der Landesregierung geplanten Fachkräfteinitiative mit ihren Bildungseinrichtungen und Hochschulen ebenfalls einen Beitrag dazu leisten.

→ nächster Beitrag

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit

Digitalisierung

Modellprojekt „Future Skills

Sexualisierte Gewalt

Schutz von Kindern
und Jugendlichen

Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz

Statistik

Impressum

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit

Digitalisierung

Modellprojekt „Future Skills

Sexualisierte Gewalt

Schutz von Kindern
und Jugendlichen

Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz

Statistik

Impressum

Jugendmigrationsarbeit im ländlichen Raum

Jugendmigrationsdienste in ländlichen Regionen haben spezielle Rahmenbedingungen – diese Erkenntnis ist nicht neu und dennoch scheinen viele Ansätze, Konzeptionen und Modellprojekte eher die städtischen Standorte der JMD-Arbeit im Blick zu haben. Die

Spezifika und Herausforderungen in ländlichen Regionen (z. B. Mobilität, Netzwerk- und Sozialraumarbeit über große Entfernungen mit vielen Partner*innen, -Erreichbarkeit für die Zielgruppe) finden bislang wenig Berücksichtigung. Zugleich sind die Zahlen von Ratsuchenden in der Einzelfallbegleitung im ländlichen Raum oft niedriger, was bei alleinigem Fokus darauf zu geringerer Stellenaussstattung für große Kreise führt. Ländliche Räume – so unsere Betrachtung – sind gegenüber städtischen Regionen marginalisiert. Die LAG KJS NRW veranstaltete zusammen mit der BAG KJS und der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe eine zweitägige digitale Fachtagung, in der Ansätze der Arbeit im ländlichen Raum diskutiert und weiterentwickelt wurden.

Antirassismus- und Antidiskriminierungs- arbeit in der Integrationsarbeit

Neben der überwältigenden Hilfe und Unterstützung für die nach Deutschland geflohenen Menschen zeigt sich bei einem Teil der Bevölkerung jedoch auch die hässliche Fratze des Rassismus in Demonstrationen, Hass und Gewalt. Es sind aber weniger diese rassistisch geprägten Gewalttaten als vielmehr bestehende rassistische Strukturen in unserer Gesellschaft, die die LAG KJS NRW zum Anlass genommen hat, interessierten Trägern und Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, sich mit dem eigenen strukturellen Rassismus auseinanderzusetzen. In einem zweijährigen Projekt erhielten die Teilnehmenden die Möglichkeiten, sich selbst und ihre Institution daraufhin zu überprüfen, wie sie persönlich und als Träger und Dienste von rassistischen Strukturen geprägt sind und wie sie diese Verwobenheit aufdecken und ihr entgegenwirken können.

Aus den Erfahrungen des Modellprojekts heraus führte die LAG KJS NRW im Rahmen der Netzwerkarbeit mit der BAG KJS die bereits in 2021 begonnene siebenteilige modulare Fortbildung „Diskriminierung als Thema in der Beratung der Jugendmigrationsdienste“ zu Ende. Zielgruppe waren die Mitarbeitenden in den Jugendmigrationsdiensten, die sich mit dem Thema der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit beschäftigten und diese als lebendiges Instrument in ihrer Praxis verankern wollten.

Die LAG KJS NRW hat bestehende rassistische Strukturen in unserer Gesellschaft zum Anlass genommen, interessierten Trägern und Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, sich mit dem eigenen strukturellen Rassismus auseinanderzusetzen.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit

Digitalisierung

Modellprojekt „Future Skills

Sexualisierte Gewalt

Schutz von Kindern
und Jugendlichen

Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz

Statistik

Impressum

Digitalisierung

Die Katholische Jugendsozialarbeit hatte im Jahr 2022 mehrere Ansatzpunkte zur Beschäftigung mit dem Thema Digitalisierung. Die ursprünglich in Nordrhein-Westfalen erprobten Berufsvorbereitungsmaßnahmen „BvB-Job@venture“, die mit verschiedenen digitalen Elementen auf die kommende Arbeitswelt 4.0 vorbereiten sollen, sind bereits in die Regelförderung übergegangen. Im neuen

BvB-Fachkonzept wurde dazu im Förderzielbereich „Grundkompetenzen“ eine Förder- und Qualifizierungs-

sequenz, in der digitale Kompetenzen sowie IT- und Medienkompetenz vermittelt werden, eingeführt.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht die Schaffung eines „Digitalpakts 2.0“ vor, mit dem der Digitalisierung in Schule und Weiterbildung ein Schub gegeben werden soll. „Kinder und Jugendliche bedürfen besonderer Unterstützung für einen gelingenden Bildungs- und Ausbildungsverlauf“, schreibt der Koalitionsvertrag weiter. Auch im Rahmen der beruflichen Weiterbildung sollen Kompetenzen zum Umgang mit digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien vermittelt werden. Mit einer Ausgabe der Reihe Jugend-



Wolfgang Jörg, Frank Janßen, Dr. Iris Pfeiffer

Schulformen in jungem Alter vorsieht und – zusammen mit der sozialen Segregation in den Stadtteilen – die Segmentierung der Gesellschaft vorantreibt. Um konkret Verbesserungen zu erreichen, müssten Menschen insbesondere in armen und belasteten Gegenden und Stadtteilen feste und vertrauensvolle Ansprechpartner*innen haben, denn Beziehung und Bindung sei oftmals Voraussetzung für Bildung. Diese Personen dürften dann allerdings nicht in zeitlich befristeten Projekten beschäftigt sein. Dafür müsse die Politik die Förderung in Teilen aber neu ausrichten. **Dr. Iris Pfeiffer** forderte, dass junge Menschen von dem Druck, dem sie heute ausgesetzt seien, entlastet werden sollten. Das werde aus den Aussagen der Jugendlichen sehr deutlich. Die Ausbildungsstrukturen und deren Angebote müssten in ihren Anforderungen an den unterschiedlichen Voraussetzungen der Jugendlichen angepasst werden.

→ nächster Beitrag

In der anschließenden Podiumsdiskussion ging es um zukünftige konkrete Handlungsanforderungen, um die Chancen für Benachteiligte zu verbessern. Ausgangspunkt der Diskussion waren Statements von sechs Jugendlichen aus Einrichtungen der Katholischen Jugendsozialarbeit in NRW. **Wolfgang Jörg**, Vorsitzender des Jugendausschusses im Landtag NRW, betonte, dass die Unterstützung junger Menschen noch viel stärker bereits im Elementarbereich beginnen müsse. Leider halte Deutschland an einem Bildungssystem fest, das weiterhin die Aufteilung von Kindern in unterschiedlichen

75
Jahre

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit

Digitalisierung

Modellprojekt „Future Skills“

Sexualisierte Gewalt

Schutz von Kindern
und Jugendlichen

Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz

Statistik

Impressum

sozialarbeit aktuell informierte die LAG KJS NRW über das Thema „Berufliche Bildung – nicht nur in der digitalen Arbeitswelt“. Dabei wurde auf die vielfältigen Anregungen und Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission – wie etwa die Schaffung eines „Pakts für berufliche Bildung“ – nochmals hingewiesen, damit die jetzige Bundesregierung nicht die Ergebnisse der letzten Legislaturperiode aus den Augen verliert.

Einige Bundesländer, federführend das Land NRW, haben eine neue „Berufswahl-App“ entwickelt und erprobt, die den bisherigen Berufswahlpass in Papierform ersetzen und der heutigen Zeit anpassen soll. Referenten der Landesberatungsgesellschaft G.I.B. in Bottrop und des Arbeits- und Sozialministeriums in NRW, die an der Entwicklung beteiligt waren, informierten die Träger der Jugendberufshilfe in einer Fachkonferenz „Jugend + Arbeit“ über die neue App und ihre Möglichkeiten. Dabei fiel als Problem auf, dass nur Lehrer*innen allgemeinbildender Schulen Zugriff auf die Daten der App in der Beratung der jungen Menschen haben, nicht aber Mitarbeiter*innen in Beratungsstellen im Übergang Schule – Beruf, die dieselben Aufgaben wahrnehmen.

Das Grundsatzproblem bei der Förderung der Digitalisierung im Bildungswesen ist aber nach wie vor, dass die berufsbildenden Träger und Einrichtungen nicht am Digitalpakt Schule partizipieren können, auch nicht an dem neu geplanten „Digitalpakt 2.0“, obwohl nach dem Willen des Gesetzgebers hiermit die kommunale Bildungsinfrastruktur gefördert werden soll, zu der auch die Träger der beruflichen Bildung nach dem Berufsbildungsgesetz gehören.

Modellprojekt „Future Skills – Digitalisierung in der Jugendsozialarbeit“

Im April 2022 endete nach zweijähriger Laufzeit das Projekt „Teilhabe an der digitalen Gesellschaft: Förderung von „Future Skills“ in der Jugendsozialarbeit“. Mit Blick auf zukünftige Kompetenzbedarfe einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt orientierte sich das Projekt an der Kompetenzkategorisierung „Future Skills“ des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft e. V. Einer der Schwerpunkte des Kompetenzrahmens liegt auf nicht-digitalen und digitalen Kompetenzen, die zukünftig in der Entwicklung der Arbeitswelt und des gesellschaftlichen Zusammenlebens eine zunehmende Rolle spielen könnten. Im Rahmen der Projektförderung wurden zwei ausgewählte Einrichtungen der Jugendsozialarbeit fachlich und organisatorisch dabei begleitet zu identifizieren, welche Kompetenzen sie bereits innerhalb ihrer Arbeit vermitteln und welche weiteren, vorwiegend digitalen Kompetenzen, aus dem Future Skills Kompetenzrahmen sie in ihrer Arbeit in Zukunft weitergeben können. Im Vordergrund standen insbesondere der Austausch und die Begleitung der Einrichtungen, um die erarbeiteten Kompetenzen pädagogisch passend platziert in den verdichteten Arbeitsalltag zu integrieren und diese so gezielt bei den Jugendlichen zu fördern. Bei den Mitarbeiter*innen wurde die Reflexion über den eigenen Umgang und die eigene Haltung zum Thema angestoßen und die Entwicklung von Handlungsstrategien zur

Das Grundsatzproblem
bei der Förderung
der Digitalisierung im
Bildungswesen ist aber
nach wie vor, dass
die berufsbildenden
Träger und Einrich-
tungen nicht am
Digitalpakt Schule oder
anderen bundeswei-
ten Förderprogram-
men partizipieren
können.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit

Digitalisierung

Modellprojekt „Future Skills

Sexualisierte Gewalt

Schutz von Kindern
und Jugendlichen

Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz

Statistik

Impressum

Einbindung digitaler Medien in den Arbeitsalltag unterstützt. Dazu fand eine Qualifizierung der Fachkräfte in Workshops statt und mündete in der Umsetzung in zwei Projektwochen mit insgesamt drei Medienprojekten. Der Projektverlauf wurde durch regelmäßige Projektkonferenzen des Beirats begleitet. Darüber hinaus bot die LAG KJS NRW allen Interessierten Fachveranstaltungen zu unterschiedlichen Schwerpunkten an, die sich zum Thema ‚Digitalisierung in der Jugendsozialarbeit‘ im Verlauf des Projekts identifizieren lassen. Zwar bedarf die Vermittlung „klassischer Fähigkeiten“ nach dem Future Skills-Modell (wie zum Beispiel Problemlösungsfähigkeit, Kreativität oder Durchhaltevermögen) nicht unbedingt digitaler Tools oder Medien, so zeigte sich, dass die Nutzung lebensweltbezogener Medien und Formen die Vermittlung entsprechender Fähigkeiten positiv unterstützt.

Auch wenn die gesammelten Erkenntnisse des Projekts hauptsächlich aus den Bereichen der Jugendberufshilfe und der Schulsozialarbeit stammen, so lassen sie sich dennoch bundesweit auf andere Aufgabenbereiche der Jugendsozialarbeit übertragen: Die Auseinandersetzung mit dem Thema „Digitalisierung“ und seiner Umsetzung in multiprofessionellen Teams oder fehlende finanzielle Mittel zur technischen Ausstattung und fachlichen Weiterbildung sind auch in den anderen Handlungsfeldern der Jugendsozialarbeit von Belang. So bleibt zum Beispiel der Schulsozialarbeit der Weg zum „DigitalPakt Schule“ verwehrt, obwohl eine Mitgestaltung von Medienkompetenzkonzepten durch die Schulsozialarbeit, alleine aufgrund ihrer lebensweltlichen Nähe zu den Adressat*innen, unumstritten einen Mehrwert mit sich bringt. In anderen Bereichen der Jugendsozialarbeit existieren ebenfalls keinerlei bundesstrukturellen Förderungen, die den identifizierten Problemlagen entgegenwirken. Der

geringe Anteil der Jugendsozialarbeit am Gesamtvolumen der Kinder- und Jugendhilfe lässt vermuten, dass selbst im Falle möglicher struktureller Förderungen ähnlich dem „DigitalPakt Schule“ die bereitgestellten Fördergelder die aktuelle Situation der Jugendsozialarbeit auch im Bereich der Digitalisierung nicht maßgeblich verbessern würden. Damit die Jugendsozialarbeit in ihrer gesamten Vielfalt zukünftig digitaler Exklusion aktiv entgegenwirken kann, fordert die LAG KJS NRW bereits seit längerem auf der Bundesebene einen „DigitalPakt Jugendsozialarbeit“.



Staatssekretär Lorenz Bahr

Staatssekretär **Lorenz Bahr** verwies in seinem

Grußwort auf den Auftrag des Staates, gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendliche von Anfang an zu gewährleisten. Er betonte hierbei u. a. die unverzichtbare Zusammenarbeit mit den Trägern und Einrichtungen der Katholischen Jugendsozialarbeit. Durch diese subsidiäre Kooperation könne Unterstützung flexibler, dynamischer und näher an

den Menschen erfolgen. Er ermutigte in diesem Zusammenhang alle Beteiligten zum Weiterdenken, um Armut zu bekämpfen, den Jugendschutz weiterzuentwickeln und die Beteiligung junger Menschen strukturell stärker auszubauen.

75
Jahre

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit

Digitalisierung

Modellprojekt „Future Skills

Sexualisierte Gewalt

Schutz von Kindern
und Jugendlichen

Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz

Statistik

Impressum

Sexualisierte Gewalt

Die aktuellen Krisen der katholischen Kirche sind erdrückend. Die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gelingt nur zögerlich, die Kommunikation ist an vielen Stellen nicht ausreichend und es mangelt an Transparenz. Die LAG KJS NRW erlebt den Bedeutungsverlust der Kirche für viele Menschen, den Austritt engagierter Katholik*innen. Mitarbeiter*innen in den Diözesen, bei katholischen Trägern und Einrichtungen werden oft kritisch angefragt, weshalb sie sich weiterhin als Teil der Kirche verstehen. Der Vertrauensverlust ist groß. Auch uns als LAG KJS NRW, als Teil der katholischen Kirche, wird die Verantwortung für diese Situation zugesprochen.

Selbst wenn die LAG KJS NRW nicht zu den Entscheidungsträgern der katholischen Kirche gehört und für diesen verfahrenen Zustand nicht verantwortlich ist, stellt sich auch für Träger und Einrichtungen die Frage nach eigener Verantwortungswahrnehmung. Die Vorgänge der Vergangenheit und die aktuellen Probleme fordern auch uns heraus, den Umgang mit sexualisierter Gewalt in den Einrichtungen und Projekten der Jugendsozialarbeit und unseren Umgang mit Macht, Zwang und (sexualisierter) Gewalt zu überprüfen. Welche Situationen haben in der Vergangenheit junge Menschen in unseren eigenen Einrichtungen erlebt, die möglicherweise auch von Gewalt geprägt waren? Haben wir dem Leid von Betroffenen Vorrang gegeben? Haben wir alle Regeln eingehalten, den jungen Menschen aufrichtig zugehört, ihre Anliegen aufgegriffen? Nicht nur mit diesen Fragen setzt sich die LAG KJS NRW aktuell auseinander.

Es bedarf eines intensiven internen Dialoges bei Trägern und in den Einrichtungen, ob und in welcher Weise sie sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen und gegebenenfalls nach möglichen Betroffenen suchen wollen. Sowohl der interne wie auch der anschließende, nach außen gerichtete Prozess bedarf einer verantwortungsvollen Auseinandersetzung, Planung und Vorbereitung. Die Aufarbeitung von Taten (sexualisierter) Gewalt schließt neben Themen der eigenen Schuld, der Verantwortung ehemaliger Mitarbeitender, möglichen persönlichen und institutionellen Versagens immer auch den achtsamen Umgang mit Betroffenen ein.

Da Träger und Einrichtungen der Katholischen Jugendsozialarbeit in aller Regel keine Archive vorhalten, aus denen man allein aufgrund der Akteneinsicht Betroffene, Geschehnisse und Vorgänge ermitteln kann, bedarf es einer gelingenden Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, wenn man als Träger seine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte öffentlich macht und mögliche Betroffene bittet, sich zu melden.

Zur Unterstützung von Trägern und Einrichtungen, die sich dazu entschließen, sich mit der Aufarbeitung von (sexualisierter) Gewalt in ihren Einrichtungen auseinanderzusetzen, begann die LAG KJS NRW einen Prozess zur Entwicklung einer Handreichung, die Trägern und Einrichtungen der Katholischen Jugendsozialarbeit in NRW bei der eigenen Auseinandersetzung mit diesem Thema unterstützt, Fragen einer gelingenden Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit klärt und Hinweise für den respektvollen und anerkennenden Umgang mit Betroffenen geben soll.

Der Vertrauensverlust
in die katholische
Kirche ist groß.
Mitarbeiter*innen in
den Diözesen, bei
katholischen Trägern
und Einrichtungen
werden oft kritisch
angefragt, weshalb sie
sich weiterhin als Teil
der Kirche verstehen.

Schutz von Kindern und Jugendlichen

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit

Digitalisierung

Modellprojekt „Future Skills

Sexualisierte Gewalt

**Schutz von Kindern
und Jugendlichen**

**Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz**

Statistik

Impressum

Im April 2022 verabschiedete der Landtag NRW das Landeskinderschutzgesetz. Dem vorausgegangen war eine intensive Debatte in den Fachausschüssen und im Plenum des Landtags. Die LAG KJS NRW hat sich im Rahmen der Entwicklung des Landeskinderschutzgesetzes aktiv in die Formulierung einer Stellungnahme des Katholischen Büros NRW eingebracht.

Der Schutz von jungen Menschen und die Achtung ihrer Rechte ist dabei kein neues Thema: Die LAG KJS NRW vertritt die plurale Jugendsozialarbeit in NRW sowohl im erweiterten Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Jugendschutz NRW (AJS NRW) als auch im Fachbeirat der Landesfachstelle Prävention sexualisierter Gewalt (PSG. NRW). Auch hier war die Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes zentrales Thema der Beratungen. Dabei kommt es der LAG KJS NRW immer darauf an, die Belange von sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Diskussionen und Entwicklungen einzubringen.

Mit dem Inkrafttreten des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes sind betriebserlaubnispflichtige Einrichtungen nach § 45 SGB VIII verpflichtet, „zur Sicherung der Rechte und des Wohles von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Konzepts zum Schutz vor Gewalt, geeignete Verfahren der Selbstvertretung und Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung“ zu

gewährleisten. Träger von Einrichtungen oder Angeboten nach dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW müssen, wenn sie Mittel des Kinder- und Jugendförderplans des Landes erhalten, laut Landeskinderschutzgesetz auf die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Kinderschutzkonzeptes hinwirken. Der Landesgesetzgeber weitet damit die auf Einrichtungen bezogene bundesgesetzliche Regelung deutlich aus. Gleichzeitig fördert das Land diese Entwicklung, indem es finanzielle Mittel für die Förderung der Qualifizierung des pädagogischen Personals sowie der Fachberatung zur Verfügung stellt.

Im Rahmen ihrer Fachberatung für die Einrichtungen des Jugendwohnens wurde diese Entwicklung bereits 2022 in der Fachkonferenz „Jugend+Wohnen“ inhaltlich beraten. In den kommenden Jahren gilt es nun, die Beratung, Qualifizierung und Unterstützung für die gesamte plurale Trägerlandschaft zu organisieren und inhaltlich im Netzwerk der LAG JSA NRW zu begleiten.

Information zum Hinweisgeber- Schutzgesetz

Um Verstöße gegen EU-Gesetze und Verordnungen aufzudecken bzw. zu unterbinden und Hinweisgeber*innen besser vor negativen Konsequenzen und Einschüchterung zu schützen, hatte das EU-Parlament Ende 2019 die EU-Direktive 2019/1937 verabschiedet und in Kraft gesetzt. Die Bundesregierung war nun aufgefordert, diese Vorgabe in nationales Recht umzusetzen und beschloss hierfür

Beim Schutz von
• jungen Menschen und
• der Achtung ihrer
• Rechte kommt es der
• LAG KJS NRW immer
• darauf an, die Belange
• von sozial benachteiligten und individuell
• beeinträchtigten
• Jugendlichen und
• jungen Erwachsenen
• in die Diskussionen
• und Entwicklungen
• einzubringen.

Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche Entwicklungen mitgestalten

Jugendmigrationsarbeit
im ländlichen Raum

Antirassismus- und
Antidiskriminierungsarbeit
in der Integrationsarbeit

Digitalisierung

Modellprojekt „Future Skills

Sexualisierte Gewalt

Schutz von Kindern
und Jugendlichen

Information zum
Hinweisgeber-Schutzgesetz

Statistik

Impressum

einen Entwurf eines Hinweisgeber-Schutzgesetzes (HinSchG). Der Gesetzentwurf ging dabei über die EU-Vorgaben hinaus und bezog auch die Meldung von Verstößen gegen nationale Vorschriften mit ein, z. B. das gesamte Strafrecht. Die LAG KJS NRW führte für katholische Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit in NRW ein digitales Seminar durch, in dem die Grundzüge des Hinweisgeber-Schutzgesetzes erläutert, Handlungsanforderungen für die Einrichtungen aufgezeigt und konkrete Fragen geklärt wurden.

Statistik

Zum dritten Mal nach 2015 und 2019 legte die LAG KJS NRW im Oktober 2022 die Ergebnisse ihrer aktuellen statistischen Erhebung vor. Die erhobenen Daten beziehen sich auf das Schul- und Ausbildungsjahr 2021/2022 und umfassen, bis auf die Jugendmigrationsdienste (JMD), sämtliche Handlungsfelder, Maßnahmen und Angebote im Bereich der Katholischen Jugendsozialarbeit. Die Daten der JMD in katholischer Trägerschaft in NRW wurden nicht erfasst, da für dieses Angebot eine eigene bundesweite Datenerhebung durchgeführt wird. Da die Fragestellungen nahezu unverändert geblieben sind, können die Ergebnisse dieser und der letzten Erhebungen miteinander verglichen werden.

Im Vergleich zur vorigen Erhebung stellen wir fest, dass die Zahl der Träger, die sich im Rahmen der Jugendsozialarbeit für benachteiligte junge Menschen engagieren, annähernd gleich geblieben ist. An deutlich mehr als 100 Standorten in Nordrhein-Westfalen stellen diese Träger mehrere hundert Maßnahmen und Angebote für sozial

benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen zur Verfügung, 274 Maßnahmen und Angebote allein im Bereich der berufsbezogenen Angebote / Jugendberufshilfe.

Die aktuelle Datenerhebung zeigt, dass es während der Corona-Pandemie im letzten Ausbildungsjahr nicht zu einem befürchteten massiven Einbruch in der Förderung benachteiligter junger Menschen gekommen ist. Vielmehr ist die Unterstützung dieser Zielgruppe nach den starken Einschränkungen gut und schnell wieder angelaufen. Es ist aber auch festzustellen, dass die Zahl der jungen Menschen, die in unseren Diensten und Einrichtungen betreut und begleitet werden, einen neuen Höchststand erreicht hat.



Vorwort

75 Jahre engagiert in
Nordrhein-Westfalen

Auf politische Ereignisse
reagieren

Fachpolitische
Herausforderungen
aufgreifen

Gesellschaftliche
Entwicklungen
mitgestalten

Impressum

Impressum

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e. V. (LAG KJS NRW)
Kleine Spitzengasse 2–4
50676 Köln
Verantwortlich i. S. d. P.: Stefan Ewers
Redaktion: Franziska Schulz
Gestaltung: büropecher, www.bueropecher.de, Köln
Fotos: S. 03: Franziska Schulz; S. 04, 05, 07, 09, 11, 14, 16,
18, 21, 23: Maria Schulz, Köln; S. 06: william87 (istock);
S. 13: antoniodiaz (Shutterstock); S. 19: Firefly (Adobe)

Danksagung

Dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW, dem Erzbistum Köln und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gilt unser Dank für die finanzielle Unterstützung der Arbeit der LAG KJS NRW.

Vorstand:

Maria Meurer-Mey, Köln
Dietmar Vitt, Siegen
Frank Janßen, Xanten

Geschäftsstelle

Stefan Ewers, Geschäftsführer

Tel.: 0221/16 53 79 20
E-Mail: stefan.ewers@jugendsozialarbeit.info

Julius Bemben, Fachreferent

Tel.: 0221/16 53 79 24
E-Mail: julius.bemben@jugendsozialarbeit.info

Christian Hampel, Fachreferent

Tel.: 0221/16 53 79 28
E-Mail: christian.hampel@jugendsozialarbeit.info

Christine Müller, Fachreferentin

Tel.: 0221/16 53 79 26
E-Mail: christine.mueller@jugendsozialarbeit.info

Manuela Klein, Verwaltung

Tel.: 0221/16 53 79 10
E-Mail: manuela.klein@jugendsozialarbeit.info

Franziska Schulz, Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 0221/16 53 79 22
E-Mail: franziska.schulz@jugendsozialarbeit.info

Landesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e. V.

Kleine Spitzengasse 2-4

50676 Köln

Tel.: 0221/16 53 79-0

Fax: 0221/16 53 79-11

E-Mail: lag-kjs-nrw@jugendsozialarbeit.info

Web: www.jugendsozialarbeit.info

